

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 45 / 15. 04. 2003

AKTIV

Syngenta versucht das Paraquat-Verbot Malaysias zu torpedieren

Im August 2002 hat Malaysia beschlossen, das hochtoxische Pestizid Paraquat zu verbieten. PlantagenarbeiterInnen hatten dies jahrelang gefordert. Nun versucht der Schweizer Agrochemiekonzern Syngenta (weltweite der grösste Hersteller dieses Totalherbizids), durch Lobbying die Regierung Malaysias dazu zu bewegen, das Verbot rückgängig zu machen. Unterstützen Sie das malaysische Paraquat-Verbot indem Sie dem Agrarminister einen Fax schicken. Sie finden eine Vorlage dazu unter:

http://www.evb.ch/index.cfm?page_id=2064

Die EvB ruft dazu auf, die Gentechfrei-Initiative zu unterzeichnen

Die Initiative verlangt ein fünfjähriges Moratorium für den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft. Für die EvB bedeutet die Unterstützung der Initiative auch ein Beitrag an die Länder des Südens in ihrem Kampf gegen die wachsende Abhängigkeit von multinationalen Agrokonzernen. Unterschriftenbögen können von folgender Homepage heruntergeladen werden:

<http://www.gentechnologie.ch/initiative.htm#karte>

=====

BUCH

Thomas Grasberger und Franz Kotteder: "Mobilfunk - ein Freilandversuch am Menschen"

(Kunstmann Verlag, Preis 16,90 Euro - ISBN 3-88897-329-5)

Vom hessischen Landesverband Mobilfunksenderfreies Wohngebiet e.V., Birkenweg 10, Presseabteilung

63484 Gründau, mailto: briefkasten@hessenbiss.de : "Das Buch ist vorzüglich recherchiert und ein Augenöffner! Auch schwierige Sachverhalte, wie z. B. Messwerte werden gut verständlich erklärt. Viel Neues werden selbst Insider erfahren: z. B. wie Mobilfunkindustrie und Politik bei uns "zusammenarbeiten" und die skandalösen Vorgänge in der Forschung. Desweiteren werden Studien, Entstehung der Grenzwerte, Vergleiche mit anderen Staaten, Leidensberichte und Erkrankungen belegt.

Ein umfangreiches Literaturverzeichnis bietet einen entsprechenden Überblick über die komplexe Thematik.

Allen Verantwortlichen auf politischer, kirchlicher und wirtschaftlicher Ebene bietet sich hier eine relativ schnelle Übersicht, sich über das noch nicht abzuschätzende, aber bereits jetzt schon bestehende Gefahrenpotential einen Überblick zu verschaffen.

Wir empfehlen allen dieses Buch als Pflichtlektüre, die sich der Formulierung bedienen "...wir nehmen die Ängste und Sorgen der Menschen/Betroffenen ernst..."

Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher

C.Bertelsmann

Originaltitel: *Les Nouveaux Maitres du Monde*

Originalverlag: Librairie Arthème Fayard, Paris 2002

Ladenpreis: ca. € 22,90 [D] / € 23,60 [A] / sFr 38,60
ISBN: 3-570-00679-4, Erscheinungstermin: Februar 2003

"Jean Ziegler gibt ebenso gründlich recherchierte wie leidenschaftlich formulierte Antworten. Er enthüllt das wahre Gesicht der globalen Profiteure, analysiert ihre Sprache, prangert ihre Methoden an. Und er wirft ein schonungsloses Licht auf die willigen Helfer und ergebenen Söldner der Raubtierkapitalisten, auf jene "über jeden Verdacht erhabenen" Organisationen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO). Jean Ziegler ist den Menschen, die er porträtiert, oft begegnet, in den Räumen der UNO, den Redaktionsstuben der großen Zeitungen und den Büros der Bankiers ebenso wie in den Armutsvierteln oder auf Marktplätzen, als Sonderberichterstatte der UN kennt er manche der internationalen Institutionen, die er kritisiert, von innen. Aber darüber hinaus ist er bestens vertraut mit den Organisationen des Widerstands."

Kommentar Scherrmann: Ich finde, dass dieses Buch mit seiner ungewöhnlichen Mischung aus Fakten, Analysen, persönlicher und emotionaler Stellungnahme auch unter dem Blickwinkel "Umwelt und Gesundheit" von grossem Interesse ist, auch wenn das Buch diese Thematik nur am Rande beruehrt. Ziegler analysiert die wachsende Einflussnahme von Grosskonzernen, IWF, WTO und deren vielfaeltige Folgen nicht nur auf die sog. Entwicklungslaender sondern auch auf die sog. Schwellenlaender und die Demokratien unseres Planeten.

=====

ELEKTROMAGNETISCHE STRAHLUNG

von Elektrosmognews: <http://www.elektrosmognews.de/>

April 04, 2003 : **Amerikanische Umweltwissenschaftlerin Lundquist: Gesundheit von Säugetieren durch**

Mikrowellenstrahlung bereits bei Werten um 0,2 Mikrowatt/Quadratmeter ernsthaft gefährdet

Quelle: Aussagen von Marjorie Lundquist, via Verteiler von Volker Hartenstein und Roy Beavers, 02.04.2003

Nach Aussagen der amerikanischen Wissenschaftlerin Marjorie Lundquist, Teilnehmerin und Referentin beim BEMS-Meeting in Quebec City im Juni 2002, ist die Gesundheit von Säugetieren bei chronischer

Exposition durch Mikrowellenstrahlung bereits bei Werten um 0,2 Mikrowatt/Quadratmeter ernsthaft gefährdet.

Dieser Wert liegt um das 50-Millionen-Fache unter dem Grenzwert für UMTS, um den Faktor 45 Millionen unter

dem Grenzwert für das E-Netz und um den Faktor 22,5 Millionen unter dem Grenzwert für das D-Netz, jeweils

bezogen auf die Grenzwerte der ICNIRP (Leistungsflußdichte), die in den meisten Ländern gesetzlich gültig sind.

Marjorie Lundquist ist Umweltwissenschaftlerin und Expertin für Bioelektromagnetismus und geißelt die Grenzwerte der ICNIRP als viel zu hoch und unverantwortbar.

Lundquist hat hierzu bereits eine Studie bei der American Physical Society vorgelegt, in der sie ihre vorläufigen Ergebnisse präsentiert (der Abstrakt der Studie ist in der März-Ausgabe des Bulletins der American Physical Society nachlesbar). Die Wissenschaftlerin setzt ihre Studie derzeit fort und erwartet bald weitere Ergebnisse.

Ihre Felduntersuchungen zeigen, dass die Gesundheit von Säugetieren durch Mikrowellenexposition bereits bei Werten im Bereich von 20 Pikowatt/Quadratmeter (umgerechnet: 0,2 Mikrowatt/Quadratmeter) ernsthaft gefährdet ist.

Lundquist weist darauf hin, dass die ICNIRP-Werte nur vor thermischen Wirkungen schützen. Sie böten dadurch keinerlei Gesundheitsschutz. Die Grenzwerte seien völlig inadquat und ihre Grundlage enthalte zahlreiche wissenschaftliche Fehler.

Nach Meinung von Lundquist seien die ICNIRP-Grenzwerte lediglich dazu da,

Mobilfunkbetreiberfirmen

zu schützen, damit Geschädigte keine rechtliche Möglichkeit haben, Schadensersatzklagen für erlittene

Gesundheitsschäden zu gewinnen.

Lundquist hatte ausserdem im im vorigen Jahr die Repacholi-Studie sowie eine weitere Studie des US-Militärs aus den 80er Jahren geprüft und bewertet (Nagetiere wurden im Langzeitversuch gepulster

Mikrowellenstrahlung ausgesetzt, im Ergebnis kam es zu deutlich erhöhten Krebsraten bei den bestrahlten Tieren.

Die Bewertung von Lundquist:

"My conclusion is that both these experiments actually demonstrate that microwave radiation is capable of being carcinogenic to living tissue, under conditions of chronic irradiation at comparatively low radiation intensity."

(Meine Schlußfolgerung ist, dass beide Experimente beweisen, dass Mikrowellenstrahlung auf lebendes Gewebe

karzinogen [krebserzeugend] wirken kann, bei chronischer Dauerbestrahlung sogar bei vergleichsweise niedrigen Strahlenlevels." Weiteres hierzu hier.

Hier die Original-Nachricht von Dr. Majorie Lundquist:

"There is a problem with making any RF radiation voluntary consensus health protection standard a law. The problem is that some parts of these standards are NOT consistent with Maxwell's equations of electromagnetism!

To put it very plainly, the existing voluntary consensus standards that claim to protect human health against radio-frequency and microwave radiation are a mixture of scientific truth and scientific

error. They are adequate to protect human health in some ways, but inadequate in other ways.

I have already presented a paper before the American Physical Society in which I presented my initial findings.

[The abstract has been published in the March, 2003, issue of the BULLETIN OF THE AMERICAN PHYSICAL SOCIETY.] I am continuing my research and expect to be able to provide more details

in future, when my research is further advanced.

My field investigations suggest that there is a serious hazard to mammalian health somewhere in the vicinity of 20 picowatts/sq. cm. for microwave radiation under the plane-wave approximation.

Existing voluntary consensus standards are adequate to protect against THERMAL hazards from PLANE WAVE exposure. The inadequacies arise when the exposure is to other than a plane wave,

or when nonthermal health effects (such as cancer) are of concern.

Giving an existing voluntary consensus standard the force of law will not do much to protect human health, given the inadequacies of these standards, and the scientific errors they embody at this

time. All that it will accomplish, in my judgment, is to protect the companies whose transmitters are making

the environment dangerous for human health, so that members of the public will have no legal recourse

to recover payment for the damage done to their health!

It should be remembered that the original voluntary consensus standard, ANSI C95, is sponsored by the electrical engineering profession, which is NOT a health profession!

Other voluntary consensus standards that have tried to improve upon ANSI C95 have nevertheless accepted its scientifically flawed assumptions, and therefore also contain similar scientific errors.

In other words, making the ICNIRP standard law will NOT protect the public; it will protect the harmful transmitters and the companies that have put them there!

Marjorie Lundquist, Ph.D., C.I.H., Bioelectromagnetic Hygienist, P. O. Box 11831, Milwaukee, WI 53211-0831 USA

Kommentar des Elektrosmognews-Team: Man kann nur hoffen, dass sich Frau Dr. Lundquist in der Größenordnung irrt. Sollte sie recht behalten, wäre das eine Katastrophe für die Menschheit, denn Werte von 0,2 Mikrowatt pro Quadratmeter sind mittlerweile fast flächendeckend überall anzutreffen.

14.03.2003

Radargeschädigte Soldaten sind nur noch Randnotiz

Die strahlengeschädigten Bundeswehrsoldaten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit Opfer ihres eigenhändigen früheren Radarbetriebs wurden, erscheinen im Bericht des Wehrbeauftragten Willfried Penner (SPD) nur noch als Randnotiz.

<http://www.elektrosmognews.de/news/tauchaeklat.htm>

Quelle: Leipziger Volkszeitung, 13.03.2003, **Eklat wegen fehlender Messwerte**

Taucha. An 19 Stellen in ganz Taucha waren im vergangenen Jahr Messfahrzeuge der Regulierungsbehörde

für Telekommunikation und Post (RegTP) unterwegs und untersuchten die Strahlenbelastung durch den Mobilfunk in einer so genannten Feldstärkemessung

13.03.2003: **Alternativkonzepte zur Reduzierung der Strahlenbelastung**

Übersicht über Alternativkonzepte zur drastischen Reduzierung der Strahlenbelastung

durch Mobilfunk: <http://www.elektrosmognews.de/news/alternativenetze.htm>

March 12, 2003 1: **Interessante Entwicklungen in Paris: Geordneter Rückzug?**

Originalartikel abrufbar unter: <http://www.elektrosmognews.de/news/parisnews.htm>

Neuer Vorschlag der Mobilfunkbetreiber in Paris soll eine jährliche Ermittlung der Mittelwerte der 600 am stärksten belasteten Standorte vorsehen

Diese Mittelwerte sollen dann nirgends überschritten werden

Quellen: Verschiedene Berichte von LeFigaro, französischen Umweltschutzorganisationen und der Mobilfunkindustrie, Februar/März 2003 From: Webmaster@Elektrosmognews.de

=====

KRANKHEIT - FIBROMYALGIE

Ärzte Zeitung, 09.04.2003

Bei Fibromyalgie gehört Psychotherapie zur Behandlung

Hinweise auf die Krankheit sind überangepasstes Sozialverhalten und gestörter Schlaf / Antidepressiva und Myotonolytika lindern die Schmerzen

TREMSBÜTTEL (awa). Es ist wichtig, Fibromyalgie-Patienten genau über ihre Erkrankung zu informieren und ihre Schmerzen möglichst zu lindern, bevor sie chronisch werden. Hierfür sind Medikamente wie Tolperison und Antidepressiva sinnvoll, aber es gehört auch unbedingt eine Psychotherapie dazu.

Das hat Dr. Claudius Böck, niedergelassener Schmerztherapeut aus Pforzheim, in Tremsbüttel gesagt. Zur Erinnerung: Den Kriterien des American College of Rheumatology zufolge ist eine Fibromyalgie durch generalisierte Schmerzen gekennzeichnet, die länger als drei Monate anhalten. Mindestens elf von 18 definierten Punkten am Körper müssen auf Druck oder Palpation schmerzhaft sein.

Für Böck reichen diese Kriterien nicht, da sie begleitende vegetative und funktionelle Störungen sowie die psychische Genese nicht berücksichtigen. Die Fibromyalgie-Patienten seien oft müde, könnten nicht durchschlafen, ihre Hände fühlten sich morgens steif an, sie klagten über trockene Schleimhäute, Tinnitus oder Kopfschmerz, so Böck bei einer Veranstaltung von Strathmann. Weitere Hinweise auf Fibromyalgie seien normale Laborwerte, und daß Infekte, Hormonstörungen, rheumatische Erkrankungen, Polyneuropathien, Neurosen und Psychosen ausgeschlossen wurden.

Hierzulande gebe es fast zwei Millionen Betroffene, zu 90 Prozent Frauen. Oft hätten die Patienten bestimmte Persönlichkeitsmerkmale. Böck: "Sie haben ein überangepasstes Sozialverhalten, sind sehr harmoniebedürftig, ignorieren ihre Leistungsgrenze und können mit Streß und Problemen schlecht umgehen." Schmerz sei für sie ein Kommunikationsmittel, die Schmerzschwelle sei erniedrigt, die Schmerzverarbeitung gestört. Oft beginne Fibromyalgie mit Schmerzen im Rücken und der Schulter-Nackenregion, die chronifizieren. Meist dauere es 15 Jahre bis zur Diagnose Fibromyalgie, so Böck.

Wichtig sei es, den Patienten zu glauben, daß sie starke Schmerzen haben, so Böck. An Arzneien für die Schmerztherapie kommen etwa Antidepressiva oder das Myotonolytikum Tolperison (Mydocalm®) infrage, das der Schmerzchronifizierung entgegenwirkt. Böck klärt die Patienten zudem über die konstitutionellen und psychischen Ursachen der Krankheit auf. Böck: Die Patienten müssen ihr

Verhalten ändern und sich aktiv mit den Schmerzen auseinandersetzen.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=255737,2735./medizin/schmerz>

Kommentar Scherrmann: Wann wird bei Fibromyalgie auch ueber den Zusammenhang mit Schadstoffen bzw. das Vermeiden von Schadstoffen gesprochen?

=====

KRANKHEIT - KINDER

Ärzte Zeitung, 07.04.2003

Belastungen in der Umwelt machen Kinder krank. WHO-Aufruf zum heutigen Weltgesundheitsstag

NEU-ISENBURG (Smi). Jedes Jahr sterben weltweit fünf Millionen Kinder an umweltbedingten Krankheiten. Darauf weist die WHO aus Anlaß des heutigen Weltgesundheitsstages hin, den die Organisatoren unter das Motto "Gesunde Umwelt - gesunde Kinder" gestellt haben.

Die größten Gefahren für die Gesundheit der Kinder lauerten gerade dort, wo sich Kinder am sichersten fühlen sollten: zu Hause, in der Schule und in ihrem Lebensumfeld. Verunreinigtes Wasser, verschmutzte Luft sowie der mangelnde Zugang zu sanitären Anlagen seien Gefahren, die Kinder am härtesten trafen, so die WHO. Weltweit entfielen 40 Prozent der durch Umweltrisiken ausgelösten Krankheiten auf Kinder unter fünf Jahren, obwohl diese nur zehn Prozent der Weltbevölkerung ausmachten. Umweltbedingt erkrankten Kinder am häufigsten an Durchfall, an den Atemwegen und an Malaria.

In Europa setzt die WHO den Schwerpunkt des diesjährigen Weltgesundheitsstages auf Asthma und Allergien. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation hat die Zahl der unter Asthma-Symptomen leidenden Kinder in den 20 Jahren zwischen 1975 und 1995 um 200 Prozent zugenommen. In den Ländern der Europäischen Union seien Allergien die am häufigsten vorkommenden chronischen Krankheiten in der Kindheit - in manchen dieser Länder leide jedes vierte Kind an einer Allergie. Durchschnittlich zeigen zehn Prozent der Kinder Asthma-Symptome, wobei die Rate in Westeuropa bis zu zehn Mal höher ist als in osteuropäischen Ländern.

Auch in Deutschland finden aus Anlaß des Weltgesundheitsstages viele Veranstaltungen statt, die etwa auf die Schadstoff- und Lärmbelastung durch den zunehmenden Straßenverkehr, auf die mit dem Passivrauchen verbundenen Risiken, auf Gefahren durch belastete Nahrungsmittel und Wasser sowie auf die fehlenden Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder hinweisen. Im "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" in Bonn findet heute eine nationale Festveranstaltung zum Weltgesundheitsstag 2003 statt, zu der auch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt erwartet wird.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=255848,2729,/politik/gesundheitsystem_and

oder: **WHO: Kinder leiden zuerst unter kranker Umwelt**

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=4&d=7&id=95988>

oder: **WHO fordert Hilfe für fünf Mio. gefährdete Kinder**

World Health Day soll gesunde Umwelt für die Jüngsten garantieren

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=030407038>

=====

KRANKHEIT - KREBS

6. 4. 2003, Rapide Zunahme von Krebserkrankungen befürchtet

PARIS. Trotz des intensiven Kampfes gegen den Krebs droht die Krankheit weltweit drastisch zuzunehmen. Ab 2020 werde es weltweit 15 Millionen Neuerkrankungen pro Jahr geben, warnte am 3. April in Paris die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Dies seien 50 Prozent mehr als heutzutage.

„Die Krebserkrankungen werden in alarmierendem Umfang steigen“, sagte der Direktor des internationalen Krebsforschungszentrums, Paul Kleihues, der den WHO-Bericht miterstellte. „Aber wir können dagegen ankämpfen.“ So könnte durch Tabakverzicht, Infektionsschutz und gesunde Ernährung bis zu einem Drittel der Erkrankungen vermieden werden. Ein weiteres Drittel ließe sich

durch Früherkennung heilen.

Nach dem WHO-Bericht erkrankten im Jahr 2000 weltweit 5,3 Millionen Männer und 4,7 Millionen Frauen an Krebs. 6,2 Millionen Menschen starben an der Krankheit. Damit gingen rund zwölf Prozent aller Todesfälle auf das Konto von Krebs. /afp

URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Kommentar Scherrmann: Tabak ist ein wichtiger Faktor, aber eben nicht der einzige im Bereich der Schadstoffbelastung.

KURZINFO

15.04.2003 **Deutschland soll Tabak-Konvention unterzeichnen**

BONN. Die Bundesregierung soll die Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterzeichnen. Das fordern verschiedene Gesundheitsorganisationen in offenen Briefen an ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12314>

11. 4. 2003 : **Studien: Zahl jugendlicher Raucher ist drastisch gestiegen**

ULM. Jugendliche in Deutschland greifen immer häufiger zur Zigarette: Laut einer am 11. April veröffentlichten Studie der Universitäten Ulm und Münster stieg der Anteil von jungen Rauchern im Alter ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12300>

Frauen, die rauchen, bekommen eher COPD als rauchende Männer

Männer rauchen mehr als Frauen und beginnen auch früher damit. Frauen, die rauchen, sind aufgrund einer ausgeprägteren bronchialen Hyperreagibilität allerdings stärker gefährdet, eine chronisch-obstruktive Atemwegserkrankung (COPD) zu entwickeln.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=255800,2732,/medizin/atemwege>

14.04. 2001: **US- Umweltschutzbehörde ermittelt gegen DuPont.** Chemiekonzern könnte wichtige Studie unterschlagen haben. Washington - Die US-Umweltschutzbehörde EPA <http://www.epa.gov> untersucht, ob der Chemiekonzern DuPont eine interne Studie unterschlagen hat. Diese könnte nämlich zu dem Ergebnis gekommen sein, dass eine unkontrollierte Chemikalie, verwendet für die Teflon-Produktion, gesundheitsschädlich ist. Die Behörde reagiert damit auf die Anzeige der Environmental Working Group (EWG) <http://www.ewg.org>. Sofern nötig werden entsprechende Maßnahmen folgen, erklärt EPA-Sprecher Joe Martyak in einem Bericht des Wall Street Journals <http://www.wsj.com>. <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=030414043&phrase=US-%20Umweltschutzbeh%F6rde%20ermittelt%20gegen%20DuPont>

Forscher warnt vor Gefahr in Nanopartikeln

Studien beweisen Gesundheitsrisiko der kleinsten

Teilchen <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=030414020&phrase=Forscher%20warnt%20vor%20Gefahr%20in%20Nanopartikeln>

http://www.etcgroup.org/text/txt_article.asp?newsid=391 (englisch)

11.04.2003 **Urteil: Patientenverfügung allein reicht nicht**

KARLSRUHE. Ein durch Apparatedizin am Leben gehaltener Patient darf trotz seines in einer Patientenverfügung festgelegten Willens nicht sterben, wenn dem nicht ein Vormundschaftsgericht zustimmt. ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12274> oder **Patientenwille reicht nicht aus**

Betreuer von Koma-Patienten bedürfen der Zustimmung des Vormundschaftsgerichts, wenn sie die Ärzte zum Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen zwingen wollen. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=256606,2738,/geldundrecht/recht>

Krebsrisiko durch Atomkraftwerk nicht belegbar

Die Norddeutsche Leukämie- und Lymphomstudie (NLL) rückt neue Risiken für die Menschen in den Blickpunkt: Insektizide und Holzschutzmittel in Privathaushalten sowie der Pestizideinsatz in

Baumschulen erhöhen laut NLL die Gefahr, an Krebs zu erkranken.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=256592,2738./politik/gesundheitsystem_uns

Kommentar Scherrmann: Dazu mehr Hintergrundinformationen in www.strahlentelex.de . Interessant ist hier schon, wie auf einmal die Insektizide und Holzschutzmittel erhalten muessen. Sie sind natuerlich von Bedeutung, das ist keine Frage, nur dass sie nun erhalten muessen, um das Krebsrisiko durch Atomkraftwerke zu widerlegen, das ist neu.

10. 04. 2003 **Veröffentlichung "Luftfahrt und Umwelt": Aktuelle Daten und Fakten**

zur Umweltrelevanz des Luftverkehrs

<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=437025>

Arsen: Bremse für die DNA-Reparatur

Mit steigendem Gehalt im Körper nimmt Aktivität von Reparaturgenen ab

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=030409037>

Neues Verfahren erleichtert frühe Diagnose von Morbus Parkinson

Noch immer ist es sehr schwierig, Morbus Parkinson im Frühstadium eindeutig zu erkennen. Mit einer neuen Injektionslösung für die Analyse mit Einzel-Photonen-Computer-Emissions-Tomographie (SPECT) ist es jetzt möglich, idiopathischen Parkinson (IPS) im Frühstadium eindeutig vom essentiellen Tremor abzugrenzen.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=256379,2733./medizin/gehirn_nerven

Kommentar Scherrmann: Hierzu sind u.a. die Vereffentlichung an der UCLA (Heuser, et al.) (ZfU) interessant.

Irak-Krieg: Verschmutzte Luft bis nach Afghanistan und in die Türkei

Kölnler Forscher simulieren "Worst Case Szenario" der Schadstoffausbreitung

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=030407018>

Krankhafte Angst: Jeder fünfte Bundesbürger betroffen

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=4&d=7&id=95980>

Kommentar Scherrmann: Wenn - wie bei mir taeglich eingeht - fast bei jeder und jedem MCS-kranken hat und /oder bei jeder/und jedem, die/der sich um die Umwelt Sorgen macht, ein Angstsyndrom diagnostiziert wird, ist es nicht verwunderlich, dass solche Prozentzahlen im Raum stehen. Hinzu kommt, dass auch bei einem echten Angstsyndrom die Rolle von Neurotoxinen immer noch nicht diskutiert wird.

=====

RECHT

Der Beruf macht immer weniger Menschen krank

BERLIN (rv/cl). Immer weniger Menschen erkranken berufsbedingt. So lautet die Bilanz im Bericht der Bundesregierung über das Berufskrankheitengeschehen 2001.

Allein die Zahl der anerkannten Lärmschwerhörigkeit stieg danach im Vergleich zu den Vorjahren auf 7294 Fälle an. Häufigste Berufskrankheiten sind mit 3512 Fällen die durch Asbest verursachte Asbestose, Lungen- oder Kehlkopfkrebs und das Mesotheliom.

Insgesamt wurden im untersuchten Jahr 18 599 Berufserkrankungsfälle anerkannt. Wie auch in den Vorjahren starben mehr Versicherte an den Folgen einer Berufskrankheit (1904 Fälle) als an Arbeitsunfällen (1107 Fälle). Asbesthaltige Stäube verursachten mehr als die Hälfte aller Todesfälle (50,9 Prozent), Quarzstaub gut ein Viertel (25,3 Prozent).

Die Zahl angezeigter Berufskrankheiten übertraf die Anzahl der anerkannten Fälle um ein Vielfaches. Die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Anerkennung seien nicht immer gegeben, heißt es. Das gelte zum Beispiel dann, wenn die mit der Gefährdung verbundene Tätigkeit nicht wie vorgeschrieben unterlassen worden sei.

Kommentar Scherrmann: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Dazu auch www.abeKra.de .

10.04.2003: **Europarecht:**

Entscheidung der Kommission vom 10. Juni 1999 zur Festlegung von Umweltkriterien für die Vergabe des EG-Umweltzeichens für Waschmittel (1999/476/EG)

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION vom 14. Februar 2003 zur Festlegung überarbeiteter Umweltkriterien zur Vergabe des **EG-Umweltzeichens für Waschmittel** und zur Änderung der Entscheidung 1999/476/EG (2003/200/EG)

Entscheidung der Kommission vom 31. Mai 1999 über den Fragebogen zur Richtlinie 96/61/EG des Rates über die **integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung** (IPPC) (1999/391/EG)

Richtlinie des Rates vom 15. Juli 1991 über das **Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln** (91/414/EWG)

ENTSCHEIDUNG DES RATES vom 18. März 2003 über die Nichtaufnahme von **Aldicarb** in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (2003/199/EG)

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION vom 25. März 2003 über die Nichtaufnahme von **Acephat** in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (2003/219/EG)

20.03.2003 **Bundesrecht:**

Zum Teil erheblich geändert wurden die Technischen Regeln für **Gefahrstoffe TRGS 900**. Für eine ganze Reihe von Stoffen wurden die Grenzwerte herabgesetzt (z.B. 1,2-Dichlorbenzol von 300 auf 61 mg/m³) und einige Stoffe neu in die Liste aufgenommen.

Das Verzeichnis krebserzeugender, erbgutverändernder oder fortpflanzungsgefährdender Stoffe (**TRGS 905**) wurde um einige Stoffe ergänzt.

Volltexte und Fundstellen zu umweltrelevantem Bundesrecht finden Sie in UMWELTonline im Bereich URA i.d.R. vor Erscheinen der Printversion des Bundesgesetzblattes.

Fundstellen zu umweltrelevanter Rechtsprechung und Literatur aus den wichtigsten Fachzeitschriften finden Sie in UMWELTonline i.d.R. spätestens am 3. Werktag nach Erscheinen. <http://www.umweltdigital.de>

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

APUG

9.04. 2003, Das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern über seine Homepage <http://www.apug.de> ein vielfältiges Informations- und Kommunikationsangebot.

Die Seite "Neuigkeiten" informiert über aktuelle Zugriffsmöglichkeiten auf nationale und internationale Volltextdokumente und Aktivitäten zum Thema „Umwelt und Gesundheit“. Ein Schwerpunkt des APUG betrifft das komplexe Thema "Kinder - Umwelt

und Gesundheit ".

Beispiele aus dem aktuellen Informationsangebot:

=> Weltgesundheitstag2003 "Gesunde Umwelt - gesunde Kinder"

- Offener Brief des Netzwerks Kindergesundheit und Umwelt an Frau Bundesministerin Ulla Schmidt

- Pressemitteilung des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte zum WGT2003

- Statements des Verkehrsclubs Deutschland zum WGT2003

=> Erste Informationen über die Vierte ministerielle Konferenz Umwelt und Gesundheit (Budapest 2004) "Die Zukunft unseren Kindern"

UBA (Umweltbundesamt)

Berlin, den 14.03.2003, **Hilfe! Schimmel im Haus**

Broschuere des Umweltbundesamtes informiert ueber Ursachen, Wirkungen und Abhilfe

Nach dem ausfuehrlichen Leitfaden zur Vorbeugung, Untersuchung, Bewertung und Sanierung von Schimmelpilzwachstum in Innenraeumen („Schimmelpilz-Leitfaden“) hat das Umweltbundesamt (UBA) nun einen einfach verstaendlichen Ratgeber fuer Betroffene herausgegeben: „Hilfe! Schimmel im Haus“ informiert kompakt darueber, wie man Schimmelpilze in Innenraeumen erkennen und bekaempfen kann. Die kostenlose Broschuere bietet auf 16 Seiten darueber hinaus Tipps fuer richtiges Lueften und Empfehlungen was bei der Sanierung zu beachten ist. Die Broschuere kann auch im Internet unter www.umweltbundesamt.de abgerufen werden.

In Innenraeumen machen sich Schimmelpilze immer mehr breit. Sie entstehen bei Feuchtschaeden und werden durch schlechtes Lueften in ihrem Wachstum beguenstigt. Ihre Sporen sind gesundheitsgefaehrdend und koennen allergische und reizende Reaktionen - wie Asthma, Haut- und Schleimhautreizungen oder grippeartige Symptome - ausloesen. Die Broschuere behandelt die Problematik von Schimmelpilzbefall in Raeumen und Gebaeuden, die durch Fenster und Tueren belueftet werden und gibt praktische Hinweise fuer Bewohnerinnen und Bewohner. Auf Eigenschaften, Quellen und Vorkommen der verschiedenen Schimmelpilzarten wird ebenso eingegangen wie auf vorbeugende MaBnahmen.

Wie wichtig die Problematik fuer die Bevoelkerung ist, bemerkt man daran, dass die Erstaufgabe des Schimmelpilz-Leitfadens innerhalb weniger Tage vergriffen war. Mehrere tausend Buergerinnen und Buerger wendeten sich mit ihren Fragen an das Umweltbundesamt.

Berlin, den 13.03.2003: **Durch regionale Wirtschaftsbeziehungen Verkehr vermeiden und Wirtschaft vor Ort staerken**

Umweltbundesamt veroeffentlicht Studie zu Verkehrs- und Umweltentlastungen durch regionale Wirtschaftskreislaeufe

Der StraBengueterverkehr nahm zwischen 1991 und 2000 um ueber 40 Prozent zu. Dieser Trend kann gebremst werden. Stabile regionale Wirtschaftskreislaeufe koennten helfen, Gueterverkehr und Umweltbelastungen zu verringern und gleichzeitig die regionale Wirtschaft zu staerken. Das geht aus einer Studie des Muenchener Ifo Instituts fuer Wirtschaftsforschung hervor. Im Auftrag des Umweltbundesamtes wurden Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren fuer regionale Wirtschaftskreislaeufe analysiert sowie Regelungen identifiziert, die kleinraeumige Wirtschaftsbeziehungen behindern. Regionale Wirtschaftskreislaeufe haben im Zeitalter der Globalisierung immer mehr an Bedeutung verloren. Die Studie enthaelt Vorschlaege, wie diese wieder gestaerkt werden koennen. Die verursachergerechte Anlastung externer Kosten des Guetertransports - etwa Schadstoff- und Laermbelastungen sowie Wegekosten - kann ein Schritt auf diesem Weg sein. In einem regionalen Wirtschaftskreislauf erfolgen Produktion (einschließlich Vorleistungen), Konsum und Entsorgung eines Gutes innerhalb eines begrenzten Gebietes. Dadurch entstehen enge regionale Produktions- und Handelsverflechtungen mit kurzen Transportwegen, die in den vergangenen Jahren jedoch stetig an Bedeutung verloren. Allein zwischen 1995 und 2000 stieg die durchschnittliche Transportentfernung im gewerblichen StraBengueterverkehr um etwa 30 Prozent - von rund 88 Kilometer (km) auf 115 km pro Fahrt. Die Prognosen fuer Deutschland gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2015 der Verkehrsaufwand auf der StraBe (in Tonnenkilometern) gegenueber 1997 zwischen 50 und 79 Prozent steigen duerfte. Um den Anstieg des Lkw-Verkehrs und damit verbundene Umweltbelastungen - wie Kohlendioxid-AusstoB, Laerm, Flaechenverbrauch - zu verringern, sind stabile, regionale Wirtschaftskreislaeufe sinnvoll.

Der Ausbau von Verkehrsverbindungen fuer den ueberregionalen Absatz - so die Forscherinnen und Forscher - schwaecht die regionale Wirtschaft. Hinzu kommt eine teilweise staerkere finanzielle Foerderung der Betriebe, die ueberwiegend fuer den ueberregionalen Absatz und den Export produzieren. Dies benachteiligt Unternehmen, die sich in der Naehe ihrer Hauptkunden ansiedeln. Die Verkehrs-, Wirtschafts- und Regionalpolitik kann regionale Wirtschaftskreislaeufe durchaus foerdern. Hierzu gibt die Studie zum Beispiel folgende Empfehlungen:

- Eine verursachergerechte Anlastung externer Kosten des Guetertransports traegt dazu bei, lange Transporte durch kuerzere zu ersetzen, und kommt - zum Beispiel bei Auswahl von Lieferanten aus der unmittelbaren Nachbarschaft - regionalen Wirtschaftskreislaeufen entgegen.
- Kleinraeumige Wirtschaftsbeziehungen sollten durch regionalpolitische Maßnahmen und Foerderprogramme staerker beguenstigt werden als ueberregionale Transporte und Kooperationen.
- Transporte innerhalb einer Region sollten gegeneuber ueberregionalen erleichtert werden (auf zusaetzliche Fernstraßen verzichten).
- Die Vorzuege und Nutzungsmoeglichkeiten fuer regionale Produkte sollten durch bessere Vermarktung gestaerkt werden.
- Die Entwicklung flexibler Technologien, die dezentrale Fertigung zulassen, sollte staerker gefoerdert werden als große zentrale Produktionsstaetten.

Die Studie „Entlastung der Umwelt und des Verkehrs durch regionale Wirtschaftskreislaeufe“ ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 67/02 erschienen, umfasst 306 Seiten und kostet 10,00 Euro. Sie ist erhaeltlich bei Werbung und Vertrieb, Ahornstraße 1 - 2, 10787 Berlin, Telefon 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79.

Gemeinsame Presseinformation mit dem Bundesinstitut fuer Risikobewertung Umweltbundesamt und BfR fordern fuer Holzschutzmittel eine Uebergangsregelung

Vor gut einem Jahr ist in Deutschland das Biozid-Gesetz in Kraft getreten. Holzschutzmittel, die neue Wirkstoffe enthalten, muessen seitdem ein Zulassungsverfahren durchlaufen, in dem sie auf Anwendersicherheit, Wirksamkeit und Umweltvertraeglichkeit geprueft werden. Ein Großteil der Holzschutzmittel war aber schon vor Inkrafttreten des Gesetzes auf dem Markt. Sie waren keinem einheitlichen Zulassungsverfahren unterworfen und koennen damit ein potenzielles Risiko fuer Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt bergen. Die Wirkstoffe dieser „Altprodukte“ durchlaufen derzeit in der Europaeischen Union ein sogenanntes „Review-Programm“, in dem sie auf Unbedenklichkeit fuer Anwender, Verbraucher und Umwelt geprueft werden. Das Programm wird fuer Holzschutzmittel fruehestens in vier bis fuef Jahren, wegen der Vielzahl der Produkte aber moeglicherweise deutlich spaeter abgeschlossen sein. So lange koennen der Verbraucher- und der Umweltschutz nicht warten, meinen Vertreterinnen und Vertreter des Umweltbundesamtes (UBA) und des Bundesinstituts fuer Risikobewertung (BfR). Sie fordern eine Uebergangsregelung, die fuer diese Produkte eine Meldepflicht vorsieht und so vorsorglich vor Risiken schuetzen soll.

Unter das Biozid-Gesetz, das auf der Europaeischen Biozid-Richtlinie aus dem Jahr 1998 basiert, fallen verschiedene Produktarten, darunter Holzschutz- und Schaedlingsbekaempfungsmittel. Der Begriff „Biozid“ kommt vom griechischen Wort „bios - Leben“ und dem lateinischen „caedere - toeten“. Ohne giftige Substanzen waeren Biozid-Produkte wirkungslos. Weil sie aber Gifte enthalten, koennen sie in zu hoher Dosis oder bei falscher Anwendung fuer Lebewesen und damit auch fuer Anwender gefaehrlich sein. In Deutschland sind nach dem Einsatz von Holzschutzmitteln immer wieder gesundheitliche Beeintraechtigungen und Umweltschaeden gemeldet worden. Schon die Vorlaefereinrichtungen des BfR, das Bundesgesundheitsamt und das Bundesinstitut fuer gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinaermedizin, haben sich deshalb fuer gesetzliche Regelungen fuer alle Biozid-Produkte eingesetzt.

Der deutsche Holzschutzmittelmarkt bietet heute eine fuer Verbraucher nur schwer ueberschaubare Palette an Produkten, die sich in der Anwendersicherheit zum Teil gravierend unterscheiden. Dazu gehoeren: Holzschutzmittel,

- die ein Zulassungsverfahren beim Deutschen Institut fuer Bautechnik (DIBt) durchlaufen haben und fuer den bauaufsichtlichen Bereich vorgesehen sind;
- die das RAL-Guetezeichen des Deutschen Instituts fuer Guetezeichen und Kennzeichnung fuehren oder

· die beim UBA als sogenannte „Blaueschutzmittel“ registriert sind.
Diese Holzschutzmittel sind geprüft. Sie können nach derzeitigem Kenntnisstand bei sachgerechter und bestimmungsgemäßer Anwendung als wirksam und unbedenklich angesehen werden, sind allerdings noch nicht nach dem Biozid-Gesetz zugelassen.

2. Holzschutzmittel, die keine UBA-Registriernummer haben und kein DIBt- oder RAL-Zeichen tragen:
Diese Produkte sind ungeprüft. Sie können Wirkstoffe enthalten, die die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher oder die Umwelt nachhaltig schädigen.

Holzschutzmittel mit neuen Wirkstoffen, die ein Zulassungsverfahren nach dem Biozid-Gesetz durchlaufen haben, befinden sich noch nicht auf dem Markt: Derartige Produkte wären amtlich „geprüft“ und bei sachgerechter und bestimmungsgemäßer Anwendung „sicher“.

Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie aus dem Jahr 1997, die auch für die letztgenannte Produktkategorie auf eine Verbesserung des Verbraucher- und Umweltschutzes zielte, muss im Hinblick auf verbrauchernahe Produkte als gescheitert betrachtet werden. Insbesondere der Handel und hier vor allem die Bau- und Heimwerkermärkte waren der Verpflichtung, auch nach wiederholter Aufforderung, nicht beigetreten.

Für Verbraucher bedeutet das, dass sie sich beim Kauf eines Holzschutzmittels nicht darauf verlassen können, dass das angebotene Produkt (selbst bei sachgerechter Anwendung) sicher ist. Stichproben des Bundesinstituts für Risikobewertung zeigten, dass gerade preiswerte, in Bau- und Heimwerkermärkten angebotene Holzschutzmittel ein erhebliches Risikopotenzial für die Anwender bergen können. Der Umstand, dass sie nicht besonders gekennzeichnet sind, ist aus Sicht des Verbraucherschutzes unhaltbar. Dies um so mehr, als die „Nicht-Kennzeichnung“ dem Käufer sogar das (falsche) Gegenteil suggerieren könnte: Dass sie nämlich keiner besonderen Kennzeichnung bedürfen, weil sie sicher sind.

Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien, Bundes- und Länderbehörden, von Verbänden, der Industrie und Betroffenen-Organisationen haben sich am 31. März 2003 im UBA getroffen, um darüber zu beraten, wie diese bedenkliche Lücke effektiv geschlossen werden kann, bis alle Holzschutzmittel die Anforderungen des Biozid-Gesetzes erfüllen.

Einig waren sich die Experten darüber, dass es nicht erfolversprechend ist, erneut auf eine Selbstverpflichtung der Industrie zu setzen, da mit einer Beteiligung des Handels auch zukünftig nicht zu rechnen ist. Als Gesamtergebnis stimmten die Anwesenden den beiden einladenden Behörden (UBA und BfR) zu, dass ein obligatorisches Meldeverfahren sinnvoll ist, weil nur so Umwelt- und Verbraucherschutz sichergestellt werden können. Detaillierte Vorschläge zur Gestaltung und Umsetzung eines solchen Verfahrens werden das Umweltbundesamt und das Bundesinstitut für Risikobewertung den zuständigen Ministerien für Umwelt und Verbraucherschutz unterbreiten und weitere, von den Teilnehmern des Fachgesprächs eingebrachte Anregungen prüfen.

Einigkeit bestand darin, dass ein Meldeverfahren die Zulassung nach dem Biozid-Gesetz nicht ersetzen und damit keinen Vorgriff auf die endgültige Umsetzung der Biozid-Richtlinie darstellen soll.

Weitere Informationen zum Thema Holzschutzmittel finden Sie im Internet unter den Adressen www.bfr.bund.de (Menupunkt „Biozide“) sowie unter www.umweltbundesamt.de.

Berlin, den 04.04.2003

Hervorhebungen: Scherrmann, Kommentar Scherrmann: ENDLICH! Hier wird deutlich von einer Gefährdung gesprochen. Hoffen wir, dass sich etwas ändert und auch die Verbraucherinnen mehr Vorsicht walten lassen.

Prozesskontrolle und Qualitätsmanagement für sicheres Trinkwasser Trinkwasser-Leitlinien der WHO werden novelliert

Woran erkennen wir, ob unser Trinkwasser sicher ist? In der Europäischen Union (EU) orientiert sich die Gesetzgebung am fertigen Produkt „Trinkwasser“. Um die Sicherheit des Trinkwassers

festzustellen und zu ueberwachen, hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Leitlinien fuer eine Reihe von Stoffen und Indikatoren fuer Krankheitserreger entwickelt, die im Wasser vorkommen koennen. Die EU setzte auf dieser Basis Grenzwerte fest, die die Mitgliedstaaten in nationales Recht umsetzen muessen. Auch die deutsche Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001) nennt Grenzwerte, die nicht ueberschritten werden duerfen, und stellt technische Anforderungen. Das allein reicht jedoch nach Ansicht des Umweltbundesamtes (UBA) nicht aus. Eintraege von Stoffen oder Krankheitserregern in Trinkwasser-Versorgungssysteme geschehen am ehesten ploetzlich unter stark veraenderten Bedingungen, wie zum Beispiel bei ergiebigen Niederschlaegen. Die Analysen sind oft langwierig. Viele Ergebnisse liegen erst nach Stunden oder gar Tagen vor. Das ploetzlich belastete Wasser waere dann schon bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Deshalb sind die Vorsorge und Vermeidungsstrategien besonders wichtig. Die deutsche TrinkwV 2001 geht daher noch einen Schritt weiter als die EU und verlangt die Einhaltung der „Allgemein anerkannten Regeln der Technik“ fuer alle Schritte der Trinkwasserversorgung.

Die WHO hat das Problem ebenfalls erkannt und stellt bei ihrer aktuellen Revision der Trinkwasser-Leitlinien die Prozesskontrolle und das Qualitaetsmanagement in den Vordergrund. Damit werden durch eine maßgeschneiderte Systemanalyse vom Einzugsgebiet bis zum Wasserhahn alle Stufen einer Trinkwasserversorgung erfasst. Dabei geraten sowohl die Gefahren, die auftreten koennen (zum Beispiel durch Verunreinigungen im Einzugsgebiet oder im Verteilungsnetz), als auch die Orte, an denen sie beherrscht werden koennen (zum Beispiel: Trinkwasser-Schutzgebiete, Trinkwasseraufbereitung, Rohrnetzpflege) ins Visier.

Besonders kritische Punkte werden verstaerkt ueberwacht. Zeigt sich zum Beispiel durch die Duengemittelausbringung eine Gefaehrdung durch Nitrat, so folgt daraus eine besonders stringente Ueberwachung des Duengereinsatzes. Teilweise muessen potenzielle Gefahren an mehreren Punkten reduziert werden. Dies entspricht dem in Deutschland schon lange praktizierten Multibarrierenprinzip: Besteht zum Beispiel durch den Eintrag von Cryptosporidien (einer Parasiten-Art) aus Ausscheidungen von Vieh und Wildtieren eine Gefahr, so kann ein wichtiger Punkt zu ihrer Beherrschung die Kontrolle der Vieh- und Wildtierbestaende im Einzugsgebiet sein. Ein zweiter, ebenso wichtiger Punkt im System waere die Filtration im Wasserwerk zur Entfernung der Partikel.

In der Lebensmittelhygiene ist dieser Ansatz zum Qualitaetsmanagement bereits seit einigen Jahrzehnten unter dem Begriff „HACCP-Prinzip“ - Hazard Analysis (Gefahrenanalyse) and Critical Control Points (kritische Steuerungspunkte) - bekannt. Erste Erfahrungen mit der Anwendung des Ansatzes auf Trinkwasser liegen in der Schweiz, Australien und Frankreich vor. Die WHO hat den HACCP-Ansatz fuer Trinkwasser weiter entwickelt zu den so genannten „Water Safety Plans“ (Plaene fuer sicheres Trinkwasser).

Neben diesem grundlegend neuen Aspekt enthaelt der Entwurf der WHO-Trinkwasserleitlinien zahlreiche weitere Veraenderungen, wie:

- eine klare und transparente Gestaltung der WHO-Leitwerte fuer einzelne Stoffe sowie der Kriterien fuer ihre Anwendung,
- eine Diskussion der Zielsetzungen in der Trinkwasserhygiene, sowie
- ein Kapitel zur Ueberwachung und Verifikation von Qualitaetsmanagement-Systemen.

Sowohl die WHO als auch das UBA nehmen gern weitere Vorschlaege aus der Fachwelt entgegen, um sie bei der abschließenden Diskussion der Trinkwasser-Leitlinien der WHO beruecksichtigen zu koennen.

Plaene fuer sicheres Trinkwasser nach dem HACCP-Prinzip werden moeglicherweise auch bei der naechsten Revision der EG-Trinkwasserrichtlinie aufgegriffen. Fuer Deutschland wird interessant, ob unsere „Allgemein anerkannten Regeln der Technik“ diesem Ansatz bereits weitgehend gerecht werden, oder ob er nuetzliche Elemente enthaelt, die wir uebernehmen sollten.

Hinweis fuer die Presse: Das Umweltbundesamt laedt gemeinsam mit dem Bundesministerium fuer Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS), der WHO und anderen Organisationen vom 28. bis 30. April 2003 zu einem dreitaegigen internationalen Kongress „Sicheres Trinkwasser“, nach Berlin ein. 34 internationale anerkannte Fachleute referieren rund um das Thema HACCP in der Trinkwasserhygiene. Workshops laden zur Diskussion sowie zum Erfahrungsaustausch ein. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch (Simultanuebersetzung).

Berlin, den 02.04.2003
March 21, 2003

„Water and the Future“ - Zum Tag des Wassers am 22. März 2003

Gutes Wasser gibt es nicht von selbst

Für Deutschland gilt: Wasserqualität ist gut - Gewässerstruktur weist noch einige Mängel auf

Sauberes und genießbares Wasser ist nicht selbstverständlich - auch nicht in Deutschland. „Trotz aller Erfolge müssen wir um hohe Wasserqualität täglich und dauerhaft ringen. Obwohl in Deutschland Wasserressourcen ausreichend vorhanden sind - die Qualität des Wassers muss auf hohem Niveau gehalten werden“, sagte der Präsident des Umweltbundesamtes, Prof. Dr. Andreas Troge, anlässlich des Tages des Wassers. Die Qualität des Trinkwassers sei in Deutschland flächendeckend gut bis sehr gut. Auch der Zustand der Oberflächengewässer habe sich in den vergangenen Jahren durch eine verstärkte kommunale und industrielle Abwasserbehandlung verbessert, so Troge. Wichtig sei es, das Grundwasser, die Seen, Flüsse und Meere vor diffusen Einträgen - insbesondere Nitrat und Pflanzenschutzmittel aus der Landwirtschaft - stärker zu schützen und die Gewässerstrukturen in den Flüssen zu verbessern. Alle Bestrebungen zur Verbesserung der Wasserqualität werden gegenwärtig verstärkt und durch die Umsetzung der am 22. Dezember 2000 in Kraft getretenen EG-Wasser-Rahmenrichtlinie gebündelt. Das Ziel besteht darin, bis 2015 für alle Gewässer und das Grundwasser eine gute Qualität zu erreichen. Bis 2009 sind unter Beteiligung der Öffentlichkeit vielfältige Aktivitäten erforderlich sowie Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne für Flussgebiete aufzustellen.

Beim Beurteilen der Wasserqualität sind viele Aspekte zu berücksichtigen: Gesundheit der Bevölkerung, Nahrungsmittelproduktion, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe sind eng mit der Güte und der Menge des nutzbaren Süßwassers verbunden. Die Gewässer sind außerdem Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen, die zu schützen ist.

Trinkwasser ist in Deutschland ein sicheres und gesundes Lebensmittel. Dies ist ein Erfolg des umfangreichen Schutzes der Wasserressourcen, insbesondere in den Wasserschutzgebieten, sowie der sorgsam technischen Aufbereitung und Verteilung des Trinkwassers. Hervorzuheben sind die hohe gesundheitliche Qualität sowie die guten geschmacklichen Eigenschaften des deutschen Trinkwassers.

Die biologische Wasserqualität der Oberflächengewässer zeigt ebenfalls Erfolge des Gewässerschutzes. Ein positives Beispiel ist der Rhein: In den siebziger Jahren war er so stark belastet, dass er teilweise sogar als übermäßig verschmutzt (Klasse IV) klassifiziert werden musste. Heute ist er wieder auf weiten Strecken mäßig (Klasse II), teilweise sogar nur gering belastet (I-II). Untersuchungen zur Artenvielfalt zeigten beispielsweise: Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts waren am Rhein 112 Insektenarten nachweisbar; 1971 nur noch fünf. Wegen der erheblich geringeren Abwasserbelastung sind heute wieder annähernd so viele Insektenarten wie vor einhundert Jahren im und am Rhein heimisch. Der positive Entwicklungstrend gilt für den biologischen Zustand der gesamten Fließgewässer in Deutschland.

Für die Badegewässerqualität der Seen, Flüsse und Meere sind hauptsächlich mikrobielle Verunreinigungen und der überhöhte Nährstoffeintrag maßgeblich. Mikrobielle Verunreinigungen bergen ein Infektionsrisiko für die Badenden. Überhöhte Nährstoffeinträge können ein massenhaftes Wachstum von Algen, die so genannten „Algenblüten“, verursachen. Positiv wirkt sich der Standard der Abwasseraufbereitung auf die Qualität der Badegewässer in Deutschland aus. Gegenwärtig werden gut 90 Prozent des Abwassers der Bevölkerung in Kläranlagen biologisch gereinigt. Dadurch hat sich die Qualität der Badestellen in Deutschland seit 1992 kontinuierlich verbessert.

Trotz dieser positiven Entwicklungen bleibt eine Reihe von Problemen, die zukünftig gelöst werden müssen:

- Den Fortschritten im Bereich der biologischen Gewässergüte der Oberflächengewässer stehen Mängel in der so genannten Strukturqualität gegenüber. Sie zeigt den Ausbaugrad der Gewässer an. Eine Klassifizierung der Strukturqualität der Fließgewässer zum Bewerten der oekologischen Qualität unter Berücksichtigung der Flusssohle, der Uferbereiche und des Umlandes ergab, dass nur etwa 20 Prozent der kartierten Wasserläufe in die Klassen unverändert

bis maeßig beeintraehtigt eingeordnet werden koennen. Der groeßere Teil der kartierten Fluesse ist deutlich bis sehr stark morphologisch veraendert.

- Die Gehalte an Nitrat und Pflanzenschutzmitteln in Oberflaechengewaessern sowie im Grundwasser sind immer noch zu hoch. Weitere Minderungen der Eintraege, insbesondere aus landwirtschaftlich genutzten Flaechen, sind notwendig. Um die strengen Grenzwerte der Trinkwasserverordnung einzuhalten, sind in alten Hausinstallationen bis 1. Dezember 2013 Bleileitungen auszutauschen.
- Die Qualitaet der Badegewaesser ist durch bessere Gesundheitsnormen, durch effiziente und aktive Bewirtschaftung unter Beteiligung der Oeffentlichkeit, sowie durch Maßnahmen bei den hygienisch problematischen Abwassereinleitungen weiter zu verbessern. Zu diesem Zweck wird bereits an einer Novellierung der EG-Badegewaesserrichtlinie gearbeitet.
- **Auch Arzneimittelrueckstaende und Industriechemikalien, die teilweise hormonelle Wirkungen haben und haeufig unzureichend durch die Abwasserbehandlung in der Klaeranlage zurueckgehalten werden, beduerfen weiterer Untersuchungen.**

Hervorhebungen: Scherrmann

=====

BfR - Bundesinstitut fuer Risikobewertung (vormals BgVV)

31.03.2003

Kunststoff-Empfehlungen jetzt auch in englischer Sprache im Internet

Zugriff auf die Datenbank über die Homepage des BfR ist kostenlos

Gemeinsame Pressemitteilung der Zentralstelle für Agrardokumentation und -information und des Bundesinstituts für Risikobewertung

Kaffeefilter und Kaffeetassen, Getränkeflaschen, Backpapiere, Teflonpfannen und Verpackungsfolien haben eins gemeinsam: Sie kommen mit Lebensmitteln in Kontakt. Bei diesem Kontakt dürfen auf das Lebensmittel keine Substanzen übergehen, die beim späteren Verzehr ein gesundheitliches Risiko für den Verbraucher darstellen könnten. "Bedarfsgegenstände" sind deshalb strengen Richtlinien und Kontrollen unterworfen. Wo auf nationaler und europäischer Ebene noch keine gesetzlichen Regelungen erarbeitet wurden, bieten die Kunststoff-Empfehlungen des Bundesinstituts für Risikobewertung und früheren BgVV eine Orientierungshilfe. Sie sind keine Rechtsnormen; Bedarfsgegenstände, die den Empfehlungen entsprechen, können aber nach heutigem Wissensstand als gesundheitlich unbedenklich angesehen werden. Entsprechen sie den Empfehlungen nicht, liegt die Verantwortung allein beim Hersteller und Anwender, wenn es zu lebensmittelrechtlichen Beanstandungen kommt. Das BfR stellt die Kunststoff-Empfehlungen kostenlos im Internet zur Verfügung - wegen zahlreicher Anfragen aus aller Welt ab sofort auch in englischer Sprache.

Die ersten "Empfehlungen zur gesundheitlichen Beurteilung von Kunststoffen und anderen Hochpolymeren" wurden schon 1958 erarbeitet und seither zu einer komplexen Sammlung ergänzt. Sie enthalten Informationen zum Geltungsbereich, zur Verwendung bzw. zum Verbot der Verwendung bestimmter Substanzen sowie Höchstmengen zu deren Gehalt und gesundheitlich unbedenklichem Übergang auf Lebensmittel. Die Empfehlung XXXVI (römisch 36) etwa gilt für Papiere, Kartons und Pappen, die mit Lebensmitteln in Kontakt kommen. Sie enthält Informationen zu den Papierrohstoffen, die verwendet werden dürfen, zu Art und Einsatzmenge der erlaubten Fabrikationshilfsstoffe sowie zu speziellen Papierveredelungsstoffen. Für Stoffe mit besonderer gesundheitlicher Bedeutung sind darüber hinaus Begrenzungen für ihren Übergang auf Lebensmittel festgelegt. Die empfohlenen Höchstmengen basieren auf Risikobewertungen des Instituts, das sich bei der Erarbeitung der Empfehlungen von seiner Kunststoff-Kommission beraten lässt.

Bei der Online-Version der Kunststoff-Empfehlungen handelt es sich um eine komplett überarbeitete Version. Die Bezüge auf Rechtsvorschriften entsprechen dem aktuellen Stand in Deutschland und in der Europäischen Union. Den gelisteten Substanzen sind - soweit möglich - die Nummern des Chemical Abstract Service (CAS) zugeordnet, so dass die Suche sowohl nach der Bezeichnung der Stoffe als auch nach diesen CAS-Nummern (und natürlich nach den römischen Ziffern der Empfehlungen) möglich ist. Die Aufnahme neuer Stoffe in die Empfehlungen erfolgt auf Antrag der

Hersteller oder Verarbeiter an das BfR. Weitere Informationen hierzu erhalten interessierte Firmen auf der Homepage des Bundesinstituts (www.bfr.bund.de).

Die zweisprachige Datenbank wurde mit Unterstützung der Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI; Bonn) implementiert. Der Zugriff über die Homepage des Bundesinstituts für Risikobewertung (Menupunkt Datenbanken/Kunststoff-Datenbank) ist kostenlos. Ein Download der Empfehlungen ist möglich. Eine gewerbliche Weiterverwendung ist ohne Zustimmung des BfR untersagt.

BUNDESTAG

Berlin:Do, 27.03.2003 Umwelt/Antwort

Bundesregierung begruesst Plaene fuer Revision des EU-Chemikalienrechts

Berlin: (hib/BES) Die wirtschaftlichen Auswirkungen neuerer Entwicklungen in der EU-Chemikalienpolitik betreffen auch unmittelbar die Chemie als wichtigen Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Dies schreibt die Bundesregierung in einer Antwort (15/714) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/445). Im Mittelpunkt der Anfrage stand die Chemikalienpolitik im "Jahr der Chemie". Die Bundesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang die Absicht der EU-Kommission, in Kürze die Rechtsetzungsentwürfe für eine grundlegende Revision des EU-Chemikalienrechts vorzulegen. Zu den Defiziten der bisherigen europäischen Chemikaliengesetzgebung gehören nach Ansicht der Regierung insbesondere die Informationslücken über die Sicherheitseigenschaften von Altstoffen, die sich auch auf die praktische Wirksamkeit der Gefahrenkennzeichnung und der Arbeitsschutzvorschriften auswirken.

Die deutsche chemische Industrie habe unabhängig hiervon in den vergangenen zwei Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen unternommen, um ein verantwortungsvolles Chemikalienmanagement aufzubauen und zu betreiben. Das aktuelle "Jahr der Chemie" biete die Gelegenheit, am Rande vieler Veranstaltungen die aktuelle politische Diskussion auch zum Chemikalienrecht zu thematisieren. Einen eigenständigen Beitrag zur Förderung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen chemischen Industrie im Rahmen der EU-Chemikaliengesetzgebung könne die Veranstaltungsreihe jedoch nicht leisten. Entscheidend sei vielmehr, dass die unmittelbar am Rechtssetzungsverfahren Beteiligten zusammenwirken, um eine realistische und praktikable Gesamtregelung sicherzustellen.

Die Bundesregierung werde das ihrige hierzu tun, heißt es in der Antwort.

Kommentar Scherrmann: Mehr dazu in frueheren newsletters von SAFER WORLD.

Berlin: Mo, 07.04.2003

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (Anhörung)

BEDENKEN GEGEN INTERNATIONALE LIBERALISIERUNG DER ARBEITSMÄRKTE

Berlin: (hib/VOM) Große Bedenken gegen weitere internationale Schritte zur Liberalisierung von Arbeitsmärkten und Arbeitsbedingungen haben die

Gewerkschaften am Montagvormittag in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit geäußert.

Der Ausschuss hörte Sachverständige zu den Verhandlungen über das internationale

Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in

Services) und über die Chancen und Risiken für Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland.

Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) finden derzeit Verhandlungen zur Revision des 1994 abgeschlossenen GATS-Abkommens mit dem Ziel einer weitergehenden Liberalisierung statt.

Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sind Risiken vor allem dann gegeben, falls die nationalen Arbeitsmarktbedingungen in den jeweils

betroffenen Branchen bei den Verhandlungen nicht berücksichtigt werden sollten. Der DGB forderte sektorenspezifische wirtschaftliche Arbeitsmarktbedarfsprüfungen, die im GATS festgelegt werden müssten.

Potenziell bestehe die Gefahr des Missbrauchs, wenn das Abkommen nicht parallel durch nationales Recht und eine effiziente Kontrolle begleitet wird. Zudem plädierte der DGB für eine soziale Folgenabschätzung bereits eingegangener sowie geplanter Verpflichtungen, bevor im Rahmen des

GATS

Fakten geschaffen werden.

Zwar sehe der erste Angebotsentwurf der EU-Kommission zum GATS vor, dass das Recht des Arbeitslandes voll angewendet werden soll, einschließlich der Mindestlöhne und tariflichen Bestimmungen, so der DGB weiter. Diese Regelung greife aber in allen Branchen ohne allgemein verbindliche Tarifverträge nicht, betonte die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. In Deutschland wäre davon die überwiegende Zahl aller Branchen betroffen. Für die nach Deutschland entsandten Beschäftigten gäbe es somit keine innerstaatliche Lohngrundlage. Ver.di will daher, dass in geöffneten Sektoren mit den entsandten Arbeitnehmern für den Entsendezeitraum grundsätzlich ein Arbeitsverhältnis nach deutschem Recht mit Abrechnung und Bezahlung auf Konten in Deutschland, mit ausschließlicher Gerichtsstand in Deutschland und mit Auftraggeber- oder Generalunternehmerhaftung begründet werden muss. Dies ist auch die Sicht der Industriegewerkschaft Agrar-Bauen-Umwelt. Für die Entwicklungsländer konnte der DGB-Vertreter aufgrund des GATS-Abkommens keine Vorteile sehen. In diesen Ländern gebe es nur beschränkte Kapital- und Energieressourcen und beschränktes Know-how. Hochqualifiziertes Personal komme eher aus den Schwellen- als aus den ärmsten Ländern. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) betonte das starke Interesse daran, dass es zu einer Personalfreizügigkeit kommt. Mit jeder Maschine, die ins Ausland exportiert werde, müssten zeitlich befristet auch Spezialisten ins Ausland gesandt werden. Deutsche Güterexporte seien ohne den Export von Dienstleistungen nicht mehr vorstellbar. Die Angebote der EU seien viel zu niedrig angesetzt, als dass davon eine Liberalisierungsdynamik in Gang gesetzt werden könnte. Mehr Wachstum bei den Dienstleistungen würde auch mehr Arbeitsplätze schaffen, so der BDI, und mehr Wettbewerb zu Strukturwandel führen. Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels sagte, der deutsche Arbeitsmarkt werde von GATS nicht berührt. Deutsche Handelskonzerne sollten im Ausland Tochtergesellschaften gründen, Grund und Boden erwerben können und willkürliche Behandlungen bei der Erteilung von Geschäftslizenzen nicht mehr hinnehmen müssen, so der Verband. Die Sachverständigen äußerten sich auch zum Thema der öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Liberalisierung auf dem Wasser- und Abwassermarkt. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) äußerte hier seine große Sorge. Über den Umweg der GATS-Verhandlungen drohe ein neuer Zwang zur Liberalisierung mit unabsehbaren Konsequenzen für die in Deutschland bewährten Strukturen der Kommunalwirtschaft und der kommunalen Selbstverwaltung. Der VKU trete der Absicht, durch WTO-Beschlüsse eine "Liberalisierung durch die Hintertür" anzustreben, mit Nachdruck entgegen. Wasser sei kein beliebiges Wirtschaftsgut und keine beliebige Handelsware wie Strom und Gas, sondern müsse geschützt und verteidigt werden. Beim jetzigen Liberalisierungsgrad sollte es bleiben, für weitere Liberalisierung durch GATS bestehe kein Bedarf. Unterstützung erhielt der VKU dabei vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Der BDI merkte dazu an, GATS beziehe sich nicht auf den Dienstleistungssektor der öffentlichen Hand. Die öffentliche Daseinsvorsorge könne dadurch nicht liberalisiert werden.

Kommentar Scherrmann: Es ist wichtig, dass angefangen wird, auch im Bundestag und andernorts ueber diese Thematik zu reden, auch wenn die Standpunkte (siehe oben) unterschiedlich sind.

=====

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

April 07, 2003

Weltgesundheitstag- Bayern untersucht Umweltrisiken für die Gesundheit der Kinder - Umweltmedizinisches Beratungsnetz installiert

Bayern geht schädlichen Einflüssen von Umweltbelastungen speziell für Kinder in einer Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen nach. Weiterhin wurde an den Kompetenzzentren für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bei den

Landratsämtern ein Netz umweltmedizinischer Beratungsstellen für die Bevölkerung ausgewiesen, das sich auch an Eltern wendet, die sich über Umweltrisiken für die Gesundheit ihrer Kinder informieren wollen. Dies teilte Bayerns Gesundheitsminister Eberhard Sinner heute anlässlich des Weltgesundheitstages mit.

Sinner betonte, dass gerade Kinder empfänglich für negative Umwelteinflüsse auf die Gesundheit seien: "Nach Erhebungen der Weltgesundheitsorganisation hat Asthma bei Kindern in den letzten 20 Jahren um 200 Prozent zugenommen. Allergien zählen in der Europäischen Union zu den häufigsten chronischen Krankheiten bei Kindern. Bayern geht negativen Umwelteinflüssen auf die Gesundheit der Kinder in drei wissenschaftlichen Untersuchungen intensiv nach. Die neu geschaffenen Umweltmedizinischen Beratungsstellen an den Landratsämtern informieren über Risiken."

Mit der Untersuchung "Kind und Umwelt", die vom Institut für Soziale Pädiatrie und Jugendmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), Prof. Dr. v. Kries) und dem Institut und der Poliklinik für Arbeits- und Umweltmedizin der LMU (Prof. Dr. Nowak, Privatdozent Dr. Höpfe) durchgeführt wird, sollen spezifische Risikofaktoren für Kinder, etwa in Bezug auf die Belastung durch ultraviolette Strahlung, erfasst werden. Grundlage ist eine umweltbezogene Gesundheitsberichterstattung für Schulkinder.

Speziell mit den Allergien befasst sich ein Forschungsvorhaben der Dr. von Haunerschen Kinderklinik der LMU München (Frau Priv. Doz. Dr. v.

Mutius). Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Kinder, die in einem ländlichen Umfeld mit häufigem Kontakt mit Stalltieren und Keimen der Stallluft aufwachsen, seltener von Allergien heimgesucht werden. Hier wird untersucht, welche Faktoren der ländlichen Umwelt den Schutz vor der Entwicklung Allergien bewirken.

Der Frage der Auswirkungen von Emissionen des Straßenverkehrs auf die Gesundheit von Kindern geht schließlich ein drittes Vorhaben der LMU München (ebenfalls Frau Priv. Doz. Dr. v. Mutius) nach. Hier soll in einer über Jahre hinweg erfolgenden regelmäßigen Beobachtung speziell der Einfluss KFZ-abhängiger Belastungen auf die Entstehung von Asthma und Allergien untersucht werden.

Bei den Umweltmedizinischen Beratungsstellen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes bei den Landratsämtern können sich die Bürgerinnen und Bürger über Umweltrisiken für die Gesundheit sowie Möglichkeiten zu ihrer Vermeidung informieren. Gerade auch Eltern sollten dieses Angebot nutzen.

Bei konkreten Gesundheitsbeschwerden weisen die Beratungsstellen darüber hinaus den Weg zu anerkannten Einrichtungen, die weiter helfen können.

Kommentar Scherrmann: Ultraviolette Strahlung, Emissionen des Strassenverkehrs sind wichtig. Aber so viel ich weiss, gibt es zu den meisten Chemikalien und zu Elektrosmog wenig Informationen. So sind die Frustrationen von den Ratsuchenden (von denen mir laufend berichtet wird) vorprogrammiert.

Übergewicht im Kindesalter

Sinner: Besorgniserregende Entwicklung fordert auch die Eltern

Jeder 10. Schulanfänger ist zu dick. Der Anteil übergewichtiger Kinder nimmt ständig weiter zu. Das sind Ergebnisse aus der Studie zur Auswertung der Schuleingangsuntersuchungen 1998/99 bis 2000/01, die Gesundheitsminister Eberhard Sinner heute zusammen mit Wissenschaftlern in München vorstellte.

"Mit Eltern, Schulen und Wissenschaft müssen wir gemeinsam alles daran setzen, diese besorgniserregende Entwicklung zu stoppen", mahnte Sinner. Er appellierte an Eltern und Erzieher, das Angebot der Staatlichen Ernährungsberatung für die Ernährungserziehung in Kindergärten und Schulen zu nutzen. "Wir leiten Kinder zu bewusstem Genuss gesunder Ernährung ganz praktisch an, sensibilisieren Kinder und Eltern und rücken so dem Übergewicht zu Leibe. Gesundheitsbewusste Eltern sind das beste Vorbild für Kinder", betonte der Minister.

Neben zunehmendem Fernsehkonsum, häufigem Computer spielen und Bewegungsmangel haben auch weitere sozioökonomische Faktoren wie der Schulabschluss der Eltern Einfluss auf die Ausprägung von Übergewicht. Die Studie zeigte auch, dass

Kinder nicht-deutscher Nationalität häufiger an Übergewicht leiden als deutsche Kinder. "Die Staatliche Ernährungsberatung will hier noch mehr die Empfehlungen für gesunde Ernährung an die jeweiligen Ernährungsgewohnheiten anpassen und übersetzen, um die nicht-deutschen Eltern besser zu erreichen", erläuterte Sinner. Aus der Studie ergeben sich auch Hinweise, dass Kinder, die gestillt wurden, weniger zu Übergewicht neigen. Rauchen während der Schwangerschaft erhöht die Neigung zum Übergewicht. Der prozentuale Anteil an Übergewicht wird kleiner, wenn Kinder täglich mindestens 11 Stunden schlafen.

Nicht nur die Ernährungserziehung soll Sinner zufolge intensiviert werden, auch das Angebot an gesunder Ernährung in den Betreuungseinrichtungen soll weiter verbessert werden. So können Schüler im Projekt Schülerunternehmen lernen, selber für gesunde Ernährung zu sorgen. Mit dem kürzlich gestarteten Wettbewerb "Essen pro Gesundheit" soll anhand guter Beispiele aufgezeigt werden, wie Großküchen gesunde Ernährung voranbringen können. Beides sind Projekte der Gesundheitsinitiative "Bayern aktiv". Näheres hierzu unter www.bayernaktiv.de "Übergewicht hat beträchtliche Risiken für das einzelne Kind und enorme Folgen für die Gesellschaft", machte Sinner deutlich. Soziale Ausgrenzung und ein viel höheres Risiko für Erkrankungen des Bewegungsapparates, des Stoffwechsels (Diabetes) und des Herzkreislauf-Systems schon in jungen Jahren seien die Folge von Übergewicht im Kindesalter. Eine unglaubliche Kostenlawine rolle auf das Gesundheitswesen zu, wenn nicht mit allen Kräften eingeschritten werde.

Kommentar Scherrmann: Die Initiative ist m. E. wichtig. Leider wird hier noch nicht ueber die Rolle von best. Substanzen (z. B. bestimmten Dioxinen) bei der Entstehung von Heisshunger und Uebergewicht diskutiert .

=====

Ende des newsletter/d/45

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt